

GENSHAGENER PAPIERE

Nr. 9 – APRIL 2012

Das europäische Projekt neu begründen

Jean-Paul Tran Thiet

INSTITUT
MONTAIGNE



Stiftung **G**enshagen

▶ **Herausgeber**

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen

Institut Montaigne
38, rue Jean Mermoz
F-75008 Paris

Telefon: + 49 (0)3378-805931
Telefax: + 49 (0)3378-870013

Tel. + 33 (0)1 58 18 39 29
Fax. + 33 (0)1 58 18 39 28

▶ **Internet**

www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

www.institutmontaigne.org
info@institutmontaigne.org

▶ **Redaktion**

Stephen Bastos / Barbara Kunz

▶ **Übersetzung**

Barbara Kunz

▶ **Grafische Gestaltung**

Nora Erdmann

Die Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen / Institut Montaigne 2012



Zusammenfassung

Europa steckt in einer Identitätskrise. Hinter dem aktuellen Krisenmanagement verblasen die Grundideen der europäischen Einigung, das politische Führungspersonal lässt sich von nationalen Egoismen leiten, statt klare Orientierung zu bieten und die Bürger begeben der europäischen Integration mit zunehmendem Unverständnis. Aber noch kann Europa seinen Abstieg abwenden. Dafür muss es die Krise als Chance zur Neudefinition Europas als europäisches Zukunftsprojekt nutzen und seine Prioritäten neu formulieren. Denn eines ist unstrittig: kein Mitgliedsland der EU kann im nationalen Alleingang den Weg aus der Krise schaffen.

Mit der Einigung auf den Fiskalpakt hat Europa bereits einen wichtigen Schritt getan. Um zurück auf Wachstumskurs zu kommen, gilt es den Binnenmarkt auszubauen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die Koordination der nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitiken zu stärken. Frankreich sollte seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat mit Deutschland teilen, um der Stimme Europas in der Welt besser Gehör zu verschaffen. Die demokratische Legitimität der EU muss erhöht werden, indem bei Europawahlen grenzüberschreitende Wahlkreise gebildet werden und indem Europa insgesamt besser kommuniziert wird. Schließlich eröffnet ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten Chancen, institutionelle Blockaden zu überwinden und der europäischen Integration neue Dynamik zu verleihen.



Summary

Europe faces an identity crisis. Beyond efforts in crisis management the underpinning ideas of European integration look increasingly bleak, national leaders cherish national egoisms instead of offering clearcut orientation. As a result the European project faces growing scepticism by its citizens. But decline is not inevitable. Europe has to take the current crisis as an opportunity to redefine itself as an European endeavour for a better future and it has to set new priorities. It goes without saying, that if EU member countries want to succeed in working their way out of the crisis they have to do it together.

Signing the fiscal compact was already a first major step ahead. In order to get back on a growth track the single market must be expanded, competitiveness boosted and co-ordination of financial and economic policies within the EU reinforced. France should share its seat at the UN Security Council to improve the EU's foreign policy standing. Democratic legitimacy needs to be strengthened by creating transnational constituencies for elections to the European Parliament and by better communication of the European project. Finally a multi-speed Europe offers opportunities to overcome institutional deadlocks as a prerequisite to provide new political momentum for EU integration.

Inhalt

▶	EINFÜHRUNG	05
▶	1. DIE PRIORITÄTEN DES EUROPÄISCHEN PROJEKTES NEU DEFINIEREN	07
▶	1.1. AUF DEN WEG VON WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND WACHSTUM ZURÜCKFINDEN	08
▶	1.2. DIE PRÄSENZ EUROPAS IN DER WELT ERHÖHEN	12
▶	1.3. SICHTBARKEIT EUROPÄISCHER POLITIK - VERTRAUEN DER BÜRGER STÄRKEN	14
▶	2. INSTITUTIONELLE BLOCKADEN LÖSEN	15
▶	2.1. DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN SIND BLOCKIERT	15
▶	2.2. MUT ZUR REFORM DER INSTITUTIONEN	16
▶	2.3. KEINE HYPOTHETISCHE OPTION: EIN EUROPA DER VERSCHIEDENEN GESCHWINDIGKEITEN	16
▶	2.4. EIN EUROPA DER VERSCHIEDENEN GESCHWINDIGKEITEN ALS ÜBERGANGSLÖSUNG	17
▶	3. DIE FINANZKRISE ÜBERWINDEN	18
▶	3.1. ZUM UMGANG MIT DEM SCHULDENBERG	19
▶	3.2. DIE REGULIERUNG DER FINANZSTRÖME	20
▶	ENDNOTEN	22
▶	ÜBER DEN AUTOR	23



Einführung*

Das europäische Projekt ist dabei, vollkommen undurchschaubar zu werden. Aus der Sicht der Bürger wird die Krise nur verwaltet. Ein Krisengipfel folgt dem nächsten und die öffentliche Meinung verliert die Orientierung. Ähnlich wie bei Wirtschafts- und Finanzthemen verdecken kurzfristige Erwägungen die eigentlich zentralen langfristigen Fragen. Um die Identitätskrise zu überwinden, die die EU zurzeit erleidet, ist es notwendig, die Grundlagen des europäischen Projektes zu identifizieren und es in seiner politischen Dynamik zu definieren. Diesem Ansatz folgt das vorliegende Paper.

Der Aufbau Europas hat dazu beigetragen, das Gesicht unseres Kontinents nachhaltig zu verändern. Der Einführung eines stabilen Friedens zwischen Staaten, die mehrfach gegeneinander Kriege geführt haben, die Millionen Opfer kosteten, folgten die Vereinigung unseres Kontinents nach fünfundvierzig Jahren Kalter Krieg, ein Binnenmarkt, bei dem die Handelsgrenzen weitgehend beseitigt wurden, die Gründung einer gemeinsamen Währung und die Grundsteinlegung für einen gemeinsamen rechtlichen Raum.

Dennoch hat der Bürger heute das Gefühl, dass das europäische Projekt gescheitert ist. Die Einführung der gemeinsamen Währung wurde nicht durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Haushaltspolitik begleitet. Die verantwortlichen Akteure haben den Eindruck vermittelt, dass es seit der 2008 einsetzenden Finanzkrise und bei der europäischen Schuldenkrise 2010/2011 an der nötigen Koordination gefehlt hat. Stattdessen scheinen Chaos und Improvisation das politische Krisenmanagement in Europa zu kennzeichnen. Intergouvernementale Ansätze verdrängen die gemeinschaftliche Methode, Krisengipfel folgen immer schneller aufeinander, und die Ausrichtung des Krisenmanagements auf ein klar definiertes Ziel ist für den außenstehenden Beobachter nicht erkennbar.

Die europäischen Bürger fragen sich mit einer gewissen Berechtigung, ob noch ein Pilot im europäischen Flugzeug sitzt. Dieses Gefühl ist, obwohl übertrieben, nicht grundlos. Erstens, weil die Stimme Europas in der Welt nicht lauter geworden ist. Die Einführung einer Hohen Beauftragten für Auswärtige Angelegenheiten (Catherine Ashton) hat nichts an Europas

Abwesenheit auf der internationalen Bühne geändert. Zweitens kann Europa keine Fortschritte machen, weil es durch das Einstimmigkeitsverfahren gelähmt wird. Den Integrationsprozess zu forcieren ist seit Anfang des Jahrhunderts quasi zu einer unmöglichen Aufgabe geworden. Die Ratifizierung neuer EU-Verträge wird immer schwieriger. Einige Staaten und sogar einige politische Bewegungen nehmen den Rest Europas buchstäblich als Geisel, um diverse Sonderregelungen und Privilegien zu erhalten. Im Ergebnis ergibt sich für Europa ein Bild der Stagnation. Europa dümpelt vor sich hin, während die Welt sich dynamisch verändert. Während neue Machtzentren entstehen und sich neue Herausforderungen abzeichnen, sinken Europas Wettbewerbsfähigkeit und sein globaler Einfluss. Sein Wohlstand ist den Finanzmärkten und Währungserschütterungen ausgeliefert.

Dennoch ist der Niedergang nicht unvermeidlich. Europa muss die Chancen ergreifen, die sich aus dieser Krise ergeben. Seit seinen Ursprüngen hat es Europa geschafft, aus zahlreichen Krisen gestärkt hervorzugehen. Das europäische Projekt liegt immer noch vielen europäischen

Bürgern am Herzen. Vielleicht sind heute die Sorgen über die Globalisierung und die aktuelle Krise ausschlaggebend. Allerdings muss der politische Wille deutlich werden, damit Europa den Erwartungen gerecht werden kann. Die Einigung auf den Fiskalpakt, so unzulänglich er auch ist, bietet Europa die Gelegenheit, seine Blockaden zu überwinden. Der Pakt ermöglicht Fortschritte mit weniger als 27 Staaten und öffnet die Tür zu einer leichteren Ratifizierung künftiger Verträge.

In dieser Situation reicht es nicht aus, allein die aktuelle Krise zu überwinden. Es gilt auch, die Prioritäten des europäischen Projektes neu zu definieren und lähmende Blockaden zu beseitigen.

Der Niedergang ist nicht unvermeidlich.

Europa muss die Chancen ergreifen, die sich aus dieser Krise ergeben.

** Vorliegender Text ist bereits im März 2012 in französischer Sprache vom Institut Montaigne unter dem Titel „Refonder le projet européen“ veröffentlicht worden.*

1. Die Prioritäten des europäischen Projektes neu definieren

Der Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich vermittelt den Eindruck, dass sich die Skepsis gegenüber Europa endgültig durchgesetzt hat. Etliche Kandidaten zeigen ihre offene Feindseligkeit, indem sie sich vom Fiskalpakt distanzieren oder ihn gleich ganz zur Disposition stellen. Bei den Nachbarn Frankreichs ist die Tonart keineswegs positiver: Die südlichen EU-Mitgliedstaaten sehen sich mit einer kapitalen Krise konfrontiert. David Cameron will einen Großteil der gemeinschaftlichen Kompetenzen nach London zurück verlagern. Ungarn nimmt gerne, was es von Europa bekommen kann, ohne allerdings seine Werte zu respektieren, etc.

Aufmunternde Anzeichen existieren dennoch, unter anderem bei unseren deutschen Nachbarn, wo viele noch vor kurzem einen Sieg euroskeptischer Kräfte prognostiziert haben. Am 14. November 2011 bekundete Angela Merkel in ihrer Rede auf dem 24. Parteitag der CDU, „der Auftrag unserer Generation ist es jetzt, die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa zu vollenden und eine Politische Union Schritt für Schritt zu schaffen“. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales und stellvertretende Vorsitzende der CDU, wünscht sich „die Vereinigten Staaten Europas nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika

oder der Bundesrepublik Deutschland“. Gerhard Schröder fordert „ein zunehmend integriertes Europa“. Die letzten Umfragen zeigen, dass mehr als die Hälfte der Befragten in Frankreich aufrichtige Erwartungen an Europa hat: Europa erscheint als einzige Chance, Antworten auf die von der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgeworfenen Fragen zu finden.

In dieser Lage sollte das Risiko eines bewussten pro-europäischen Diskurses akzeptiert und den Bürgern das Ziel des politischen Handelns deutlich erklärt werden. Dabei sollten die Anstrengungen, die ihnen abverlangt werden, ebenso betont werden wie die potenziellen Vorteile, die sie aus einer pro-europäischen Politik ziehen können.

Keiner kann noch ernsthaft annehmen, dass Frankreich, Deutschland, erst recht Italien, Spanien oder Griechenland für sich alleine einen Ausweg aus der aktuellen Krise finden können. Nur die Gemeinschaft, die in der Eurozone ihren Ausdruck findet, kann dazu beitragen, eine Antwort zu liefern. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Macht ist sie ebenso ein unverzichtbarer Akteur wie auch, im Falle ihres Scheiterns, ein großes Risiko für die Weltwirtschaft.

Heute kann keiner mehr behaupten, dass dieser oder jener Staat der Europäischen Union etwas im Mittleren Osten, in Afghanistan, Indien oder Lateinamerika zu sagen hätte oder die kleinste Operation

alleine durchführen könnte. Was bedeuten unsere nationalstaatlichen Souveränitäten angesichts einer Welt, in der neue wirtschaftliche und politische Mächte aufsteigen? Was können unsere Armeen und Diplomaten noch bewirken, wenn sie sich nicht an Friedenseinsätzen beteiligen,

Was bedeuten unsere national-staatlichen Souveränitäten angesichts einer Welt, in der neue wirtschaftliche und politische Mächte aufsteigen?

die von anderen entschieden und angeführt werden?

Wer könnte annehmen, dass unsere Werte in der sich dynamisch entwickelnden Welt noch eine Chance

hätten, zur Geltung zu kommen? Wie schützen wir unsere Lebensweise, und wie können wir unseren Freiheitsbegriff, unsere Solidarität mit Benachteiligten, das Gleichgewicht der Weltwirtschaft, die Trennung zwischen der spirituellen und der weltlichen Sphäre schützen? Alleine Europa bietet uns die Chance dazu.

Den Stimmen, die sich gegen die nötige Aufgabe von Souveränitätsrechten aussprechen, gilt es zu entgegnen, dass geteilte Souveränität in Wahrheit gewonnene Souveränität bedeutet. Diejenigen, die sich an die Zeit der Bemühungen um einen starken Franc vor der Euroeinführung erinnern können, als Frankreich vergeblich versuchte, die Parität mit der Mark zu erhalten, wissen ganz genau, dass Frankreich damals über keinerlei Souveränität verfügte und vor allem auch über kein Gewicht auf der Bühne der internationalen Währungen.

Noch heute behindert uns nicht zu viel Europa, sondern der Mangel an Europa, insbesondere das Fehlen eines gemeinsamen europäischen Projektes und die fehlende Bereitschaft, Souveränitätsrechte zu teilen, um sie zu stärken.

1. 1. Auf den Weg von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zurückfinden

Seit der Gründung der EGKS vor mehr als 60 Jahren und der späteren Gründung von EWG und Euratom bleiben Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum die oberste Priorität beim Aufbau Europas. Der Weg zu mehr Wachstum mit Hilfe verbesserter wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ist vor allem in Zeiten der Krise mehr als notwendig.

Zur Notwendigkeit des Binnenmarktes, einschließlich der Dimension der „Finanzdienstleistungen“

Der Binnenmarkt begünstigt eine effektive Allokation von Mitteln, vereinfacht die Mobilität von Produktionsfaktoren, ermöglicht die benötigten Anpassungen und rechtfertigt die Transfers durch Strukturfonds zugunsten von benachteiligten Regionen Europas. In Anbetracht ihrer Bedeutung für unsere Wirtschaft müssen vor allem Dienstleistungen im Bereich der Finanzwirtschaft, deren Hebelwirkung

für die Realwirtschaft unentbehrlich und gleichzeitig schrecklich zerstörerisch sein kann, für Unternehmen und Private oberste Priorität behalten.

Wenn einige Entscheidungen nicht schnell genug getroffen werden können, zum Beispiel wegen des Einstimmigkeitserfordernisses, das in einigen Bereichen wie etwa der Steuerharmonisierung weiterhin gilt, muss eine Kooperationsform im Rahmen der variablen Geometrie bevorzugt werden (siehe 2.4.). Dieser Weg bietet sich an, um eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und einen Mindestsatz für die Besteuerung von Unternehmen zu definieren oder um eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Wirtschafts- und Haushaltsintegration – eine Grundvoraussetzung für die künftige Finanzstabilität

Es ist notwendig, ambitionierte Koordinationsmechanismen zu entwickeln, die sehr früh in den nationalen Entscheidungsprozessen ansetzen. Dies kann nur im Rahmen eines intensiven Austausches und einer umfassenden Abstimmung geschehen:

- Eine Abstimmung zwischen den Regierungen über die Prioritäten der nationalen Haushalte bereits

vor der Ausarbeitung von Finanzgesetzentwürfen, bezüglich der Bestimmung von Rahmenvorgaben, die den Ministern Mittel und Prioritäten zuweisen;

Es ist notwendig, Koordinationsmechanismen zu entwickeln, die sehr früh in den nationalen Entscheidungsprozessen ansetzen.

- Die Suche nach einer gemeinsamen Haltung bei Steuerprojekten, bevor sie den nationalen Parlamenten vorgelegt werden, insbesondere bezüglich derjenigen Steuern und Abgaben, die

sich auf den Binnenmarkt auswirken: gemeinrechtliche Besteuerung von Unternehmen, Formen der staatliche Ausgabengestaltung (besonders bei der Finanzierung von Wirtschaftshilfen), etc.

- Ein Austausch von Parlamentsdelegationen, um Finanzgesetzgebungsvorhaben und andere Haushaltsgesetze zu diskutieren. Die Diskussion würde in der Anwesenheit von Parlamentariern anderer Mitgliedsländer stattfinden. Diese hätten Rede- aber kein Stimmrecht.¹ Der abschließenden Abstimmung wäre ein spezielles Konzertierungsverfahren vorgeschaltet, das es erlaubt, die Prioritäten anderer Regierungen und Parlamente zu berücksichtigen.

Als ein erstes konkretes Projekt im Steuerbereich hatten Deutschland und

Frankreich bereits bilateral entschieden, die Harmonisierung der Unternehmenssteuer zu forcieren. Dieses Beispiel sollte auf andere Bereiche ausgeweitet werden und kann als Vorbild für andere Staaten dienen, um die unternehmerische Mobilität zu befördern.

Investitionen in große Infrastrukturprojekte, um das Wachstum zu fördern

Der Handlungsspielraum, der durch Eurobonds entsteht (siehe 3.1.), kann für die Entwicklung von Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden, zum Beispiel in den Bereichen Transport und Energie.

In seinem Präsidentschaftsprogramm räumt Barack Obama diesen Punkten einen wichtigen Platz ein. Diese Projekte müssen durch innovative Finanzierungsformen in einer Kombination von Public-Private-Partnerships und, wenn nötig, Strukturen gesicherter Kapitalanlagen gefördert werden.

Wettbewerbspolitik als Mittel zum Zweck

Ihr Ziel muss die Bewahrung des Binnenmarktes bzw. die Verhinderung und Sanktionierung von Wettbewerbsverzerrungen sein. Nötig ist allerdings ein realistischer Ansatz, der nicht als Zwangsmodell konzipiert ist. Es sollte also keine systematische Sanktionspolitik verfolgt werden, welche die aus ihr resultierenden Konsequenzen für die Wirtschaft außer Acht lässt.

Schließlich sollte eine unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde gegründet werden. Diese würde die Europäische Kommission von ihren technischen Regulierungsaufgaben entlasten und würde es ihr, wieder ermöglichen, eine Rolle in den großen europapolitischen Debatten zu spielen.

Wissen und Innovation müssen Europas Trümpfe für mehr Wettbewerbsfähigkeit werden

Nicht die Senkung der Lohnkosten wird Europas Industrie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit verhelfen, sondern die hohe Qualifikation der Beschäftigten, die auf einer Grundausbildung und auf lebenslangem Lernen beruht. Konkret bedeutet dies, dass insbesondere Wert auf Innovationsdynamik und den Schutz des geistigen Eigentums gelegt werden muss.

- Das Europa der Bildungsexzellenz ist ein vernachlässigtes Projekt, weil es primär als nationales Projekt betrachtet wird. Ohne diese Subsidiarität in Frage zu stellen, sollte die Möglichkeit eines europäischen Benchmarking in Erwägung gezogen werden, das zu einer fundierten und koordinierten Entwicklung neuer Instrumente und Methoden führt. Beginnend mit der frühkindlichen Erziehung bildet es ein wirksames Integrations- und Förderinstrument.

- Die Entwicklung von Hochschul- und Technologiezentren: Sowohl der Bericht „Avoir des leaders dans la compétition universitaire mondiale“ als auch das Papier „Université, recherche: une fondation européenne pour rattraper le retard“, beide vom Institut Montaigne 2006 veröffentlicht, sind nach wie vor aktuell, ebenso wie der Bericht aus dem Jahr 2004 zur Lissabon-Strategie

In diesem Zusammenhang müssen die Anstrengungen der EU bezüglich des Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung wirksamer gestaltet werden. Europa hat zu lange Netzwerke und Institutionen privilegiert. Heutige müssen eher produktive Projekte als feste Forschungsnetzwerke finanziert werden.

Conditio sine qua non ist jedoch, dass die Arbeitsweise der Kommission vereinfacht wird. Der bürokratische Charakter der Formulare und der Projektauswahlverfahren hat zu einer zweiten, privaten Bürokratie geführt: die auf die Erstellung von Bewerbungsunterlagen für EU-Subventionen spezialisierten Beratungsunternehmen!

Technologie- und Innovationsförderung

Die Verbesserung der Ausbildung und der Qualifikation soll zu einer Aufwertung von Innovation und geistigem Eigentum führen. Eine entschlossene Aktion muss durchgeführt werden, damit kleine und mittlere

Unternehmen durch geschützte Patente Sicherheit bekommen. Ein europäischer Fonds für Patente sollte auf der Ebene der 27 oder zumindest derjenigen Staaten, die dazu bereit wären, an die Stelle nationaler Patentämter wie France-Brevet treten. Es gilt, eine lockere Struktur zu bilden, die es ermöglicht, diejenigen industriellen Eigentumsrechte der Erfinder zu erwerben, die nicht unmittelbar verwendet werden. Dies sollte auf der Grundlage eines pauschalen Anschaffungswerts geschehen, der die Innovationsanstrengungen belohnt und eine direkte Gewinnbeteiligung an der künftigen Wertsteigerung gewährt. Dieser Fonds würde dem Erhalt und der Entwicklung kritischer Technologien und der Forschung dienen sowie das Zusammenwirken verschiedener Sektoren (öffentlich und privat, Industrie und Dienstleister, etc.) fördern.

Schließlich sollte man die kafkaesken Kontrollmethoden beenden, die dazu führen, dass Empfänger von Subventionen Jahre nach dem Abschluss der Abrechnung die komplette Summe zurückzahlen müssen, weil sie einen Arbeitszeiterfassungsbogen falsch ausgefüllt haben oder ein Reisekostennachweis falsch erfasst wurde. Die Kostenkontrolle, unter der wachsamem Aufsicht des Europäischen Rechnungshofs und des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments, sollte sich nicht zu einer pedantischen Überprüfung entwickeln, die die Existenz von Unternehmen bedroht, die davon ausgegangen sind, dass die europäischen Institutionen sie unterstützen würden.

Zur tatsächlichen Koordinierung unserer Energiepolitiken

Die unvermeidbare Verknappung fossiler Brennstoffe, die nötige Einschränkung der CO₂-Emissionen sowie die Neubestimmung der Rolle der Nuklearenergie nach dem Unfall von Fukushima erfordern mehr denn je die Festlegung einer europäischen Strategie. Wir sollten aufhören zu behaupten, dass jeder Staat der EU seine Energiepolitik vollkommen souverän bestimmen könne.

Die Lösung liegt sicherlich nicht in der Vereinheitlichung der nationalen Energiemixe, sondern viel eher in einer besseren Abstimmung der nationalen Prioritäten und mittel- und langfristige in der Definition eines europäischen Modells. Jeder Staat würde dazu seinen Beitrag leisten mit der Einhaltung von drei Zielen: (I) der Sicherheit unserer Versorgung, (II) der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, (III) und der nachhaltigen Entwicklung.

In diesem Rahmen muss auch die Herausforderung der Sicherung der europäischen Stromversorgung angenommen werden. Wenn wir in einigen Jahren einen historischen *black out* verhindern wollen,

dann sollten wir beträchtliche Investitionen tätigen, ein integriertes Management der Transportnetze einrichten und *smart grids* befördern.²

Auf mittlere und lange Sicht sollte das zu einer Definition der Prioritäten einer europäischen Energiepolitik für die nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre führen.

1. 2. Die Präsenz Europas in der Welt erhöhen

Im Jahr 2003 hat das Institut Montaigne seinen Bericht „L'Europe Présence“³ veröffentlicht, dessen Empfehlungen leider folgenlos geblieben sind. Das Europa der Verteidigung muss erneut zu einem Projekt werden, mit dem Kräfte mobilisiert werden.

Deshalb ist die Erneuerung unserer Rüstungsindustrien notwendig. Nun ist die Europäische Verteidigungsagentur mangels Aufträgen und entsprechender Finanzierungen ein Projekt mit geringen Ambitionen geblieben. Selbst auf der bilateralen Ebene ist der Wille zum Handeln schwach und erscheint vor allem von Haushaltserwägungen geprägt zu sein.

Frankreich hat seit 20 Jahren kein neues Programm mit den Deutschen ins Leben gerufen. Dennoch war der Großteil der

deutsch-französischen Kooperationen im militärischen Bereich erfolgreich (Transall, Alpha Jet, Milan-Raketen, Hubschrauber Tiger, etc.). Die gemeinsame französisch-britische Initiative ist auf einer zu exklusiven Beziehung gegründet und folgt eher haushaltpolitischen Zwängen.

Um die aktuellen Mängel wettzumachen, müssen andere Initiativen in Betracht gezogen werden:

- Der Europäischen Rüstungsagentur muss Leben eingehaucht werden, indem sie zum Ort der Entwicklung von Investitions- und Forschungsprogrammen wird, an denen unter Umständen nur zwei oder drei Staaten beteiligt sind, um neue Dynamiken frei zu setzen;
- Auf multilateraler, notfalls auf bilateraler Ebene werden große und verbindende Forschungs- und Entwicklungsprogramme in der Rüstungs- und Weltraumindustrie durchgeführt. Diese Programme würden die Wiederaufnahme des bereits eingeleiteten industriellen Integrationsprozesses erlauben (Eurocopter, MBDA, Arianespace, etc.);
- Die Kooperation mit Großbritannien fortsetzen, dessen Potenzial für die Sicherheit Europas ausschlaggebend ist, weil es mehr als die Hälfte des gesamten Budgets der Europäer und mehr als zwei Drittel der militärischen Forschungsausgaben auf sich vereinigt. Sie soll aber in eine wahrhafte Integration

der Interventionseinheiten münden und sich für andere Partner öffnen.

Die europäischen Bürger sollen wissen, dass ihre Sicherheit durch integrierte Streitkräfte, die über Zukunftstechnologien verfügen, gewährleistet ist. Dies bezieht sich auch auf globale Bedrohungen. Zudem werden durch diese gemeinsamen Projekte für die kooperationswilligen Staaten Anreize geschaffen, in zusammenhängenden Bereichen zu kooperieren.

Das Europa der Diplomatie muss noch erschaffen werden

Projekte für gemeinsame Auslandsvertretungen sind bislang gescheitert. Mit der Hohen Beauftragten Ashton und dem EAD wurde eine weitere bürokratische Ebene hinzugefügt, die nur geringfügig mit nationalen Verwaltungen koordiniert ist. Um diese Blockaden auf eine

Frankreich sollte seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat mit Deutschland teilen.

symbolische Art und Weise zu überwinden, hat das Institut Montaigne⁴ vorgeschlagen, den Sitz Frankreichs im Sicherheitsrat

der Vereinten Nationen mit Deutschland zu teilen. Diese erste Geste muss umgesetzt werden, denn sie wäre aus drei Gründen von großem symbolischem Wert:

- Sie zielt auf die oberste Ebene der nationalstaatlichen Souveränität;

- Sie betrifft ein symbolträchtiges Erbe des Zweiten Weltkriegs: den „Klub“ der ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, die so genannten Siegermächte;
- Es würde eine Annäherung der politischen und diplomatischen Prioritäten unsere Staaten bedeuten. Unsere beiden Länder würden sich sowohl in der Verteidigungspolitik als auch auf dem Feld der Nachrichtendienste annähern, da sie gezwungen würden, gemeinsame Interessen in Sicherheitsfragen zu definieren. Auf dem Gebiet der Diplomatie gilt es neben der Teilung des Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York auch die Auslandsvertretungen in den wichtigsten Hauptstädten der Welt zusammenzulegen (Washington, Peking, Moskau, Tokio, etc.). Eine solche Annäherung könnte schließlich um Konsulate und Unterstützungseinrichtungen für Unternehmen (Ubifrance und das Netzwerk Deutsches Haus) erweitert werden, um die Sicherheit von Bürgern und die koordinierte Unterstützung von europäischen Spitzenunternehmen zu gewährleisten.

Besonders der Zusammenschluss von Konsularnetzwerken und von Unterstützungseinrichtungen für Unternehmen sollte umgehend umgesetzt werden. Es spricht einiges dafür, dass diese Initiative auf Widerstand stoßen wird, vor allem beim betroffenen Personal. Sie entspricht dennoch den Grundsätzen von Effizienz und sparsamer Haushaltsführung.

1. 3. Sichtbarkeit europäischer Politik - Vertrauen der Bürger stärken

- Europäische Angelegenheiten sind keine Außenpolitik mehr. Dennoch werden sie auf der institutionellen Ebene weiter von einem Staatssekretär (oder Staatsminister) geleitet, der vom Außenministerium abhängt und über begrenzte Entscheidungsbefugnisse verfügt. Die politischen Entscheidungen, die in Brüssel oder Straßburg getroffen werden, haben große Bedeutung für unsere Bürger und sollten deshalb von einem hochkarätigen Politiker verkörpert werden, der dem Regierungschef oder dem Präsidenten direkt unterstellt ist. Dieser dem Regierungschef zugeordnete Staatsminister sollte verantwortlich für europäische Angelegenheiten sein und muss über reale Entscheidungsbefugnisse verfügen. Die Wahl des Europäischen Parlaments sollte in einem transnationalen Rahmen mit grenzüberschreitenden Wahlkreisen stattfinden, um Minimalansprüchen demokratischer Legitimität zu genügen. So kann es gelingen, eine europäische politische Elite entstehen zu lassen, anstatt Verlierer nationaler Wahlen solange einen Zufluchtsort zu bieten, bis sie in ihrem Herkunftsland wieder ein prestigeträchtigeres Mandat oder Amt erhalten.
- In Sachen Kommunikation wird nicht genug dafür getan, um Europa auf direktere Weise wahrnehmbar zu

machen. Als Minimalanforderung sollte den Medien, die im öffentlichen Raum wirken, auferlegt werden, eine gewisse Anzahl ihrer Nachrichten im europäischen Licht darzustellen, unabhängig davon, ob es sich um den Wetterbericht, Sportergebnisse oder Nachrichten aus dem Kulturleben handelt.

Die Wahl des Europäischen Parlaments sollte in einem transnationalen Rahmen mit grenzüberschreitenden Wahlkreisen stattfinden. Die Symbole der Zugehörigkeit zu einer europäischen Staatsbürgerschaft wurden schrittweise verdrängt. Die letzten Verhandlungen um den Vertrag von Lissabon haben dazu geführt, auf jeden Verweis auf die europäische Hymne und auf andere europäische Symbole zu verzichten. Was wir unseren Bürgern zurückgeben müssen, ist einerseits das Glück, Bürger seines jeweiligen Landes zu sein, und gleichzeitig der Stolz, Europäer zu sein. Zu diesem Zweck muss alles, was zu Europa als Raum der Rechte und der Freiheiten beiträgt, herausgestellt und sichtbar gemacht werden. Der europäische Rechtsraum muss entwickelt werden, nicht nur in Bezug auf den Schutz gegen Kriminalität und internationale Korruption, sondern ebenso als Lösung für Probleme im Zusammenhang mit transnationalen Scheidungen und Sorgerechtsfällen.

Die Wahl des Europäischen Parlaments sollte in einem transnationalen Rahmen mit grenzüberschreitenden Wahlkreisen stattfinden.

2. Institutionelle Blockaden lösen

2.1. Die europäischen Institutionen sind blockiert

Derzeit vermitteln alle Geschehnisse den Eindruck, als würden sich die europäischen Spitzenpolitiker bemühen, den Alltag der Krise nur zu verwalten, als hätten sie es aufgeben, ein ambitioniertes Projekt zu definieren – und erst recht, es umzusetzen.

Zum Teil liegt der Grund hierfür in der Abwesenheit von Leadership seitens der Europäischen Kommission, die sich darauf beschränkt, eine technische Regulierungsautorität zu sein (vor allem in Sachen Wettbewerb) und jede wirklich politische Rolle aufzugeben zu haben scheint. Darüber hinaus liegt die Ursache des Problems in einem Entscheidungsprozess begründet, der unvereinbar ist mit der Verwaltung von insgesamt 27 Mitgliedsstaaten und beinahe 500 Millionen Bürgern. Die aufeinanderfolgenden Erweiterungen, die nicht von den notwendigen institutionellen Reformen begleitet worden sind, haben die Situation nur verschlimmert. Seit dem Vertrag von Nizza und bis hin zum Vertrag von Lissabon waren alle getroffenen Maßnahmen lediglich Flickwerk, da in ganzen Politikfeldern weiterhin das Prinzip

der Einstimmigkeit gilt und alles getan wurde, um die „verstärkte Zusammenarbeit“ zu begrenzen oder gar zu verhindern.

Als direkte Folge hat Europa in den letzten zwanzig Jahren so gut wie nichts Sichtbares für die Bürger zu Wege gebracht.⁵ Nur die Überwindung der institutionellen Blockaden kann es uns ermöglichen, wieder politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

2.2. Mut zur Reform der Institutionen

Ganz grundsätzlich sind sich die europäischen Bürger der Tatsache bewusst, dass Europa handlungsunfähig ist. Der Gedanke an eine Reform der Verträge dürfte sie folglich nicht erschrecken. Das Problem ist jedoch, dass gerade der Prozess der Vertragsänderung besonders langsam und kompliziert ist (Regierungskonferenz, Unterzeichnung eines neuen Vertrages und Ratifizierung in jedem Unterzeichnerstaat). Vor allem jedoch, und wie bereits in der Vergangenheit zu beobachten war, finden die Ratifizierungsdebatten immer im Kontext nationaler politischer Fragen statt, so dass die anderen Staaten gewissermaßen von der Innenpolitik anderer Länder in Geiselhaft genommen werden.

In diesem Punkt stellt der neue Vertrag („Fiskalpakt“), der sich aus der Übereinkunft vom 9. Dezember 2011 ergibt, ein Experiment für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten dar. Er

basiert auf einer Vereinbarung zwischen einer begrenzten Anzahl von Mitgliedstaaten der Europäischen Union und muss daher nicht von allen Mitgliedern ratifiziert werden, um in Kraft treten zu können.

2.3. Keine hypothetische Option: Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Das Europa mit variabler Geometrie existiert bereits seit langer Zeit. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Mit dem Schengener Abkommen haben Frankreich und Deutschland, mit unmittelbarer Unterstützung durch die Benelux-Länder, während der ersten Hälfte der 1980er Jahre beschlossen, die Kontrollen an ihren Binnengrenzen abzuschaffen; die meisten Länder Kontinentaleuropas sind ihnen schrittweise gefolgt;
- EUREKA, eine Zusammenarbeit à la carte im Bereich der industriellen Forschung und Entwicklung, stützte sich ebenfalls zunächst auf ein deutsch-französisches Projekt, das alsbald auf ganz Europa ausgeweitet wurde;
- Die europäische Weltraumagentur hat sich ähnlich entwickelt. Gleiches gilt für Unternehmensprojekte wie EADS.

Im Fall des Euro hatten Bonn und Paris wissen lassen, dass, selbst wenn die

Uneinigkeit auf der Ebene der Zwölf über die einzelnen Schritte und Modalitäten anhielt, Deutschland und Frankreich ihre Währungen fusionieren würden. Dies geschah bereits vor dem Gipfel von Straßburg 1989, auf dem der tatsächliche Startschuss für die währungspolitische Integration fiel. Diese Entschlossenheit bewegte alsbald die Länder des Benelux dazu sich anzuschließen, gefolgt von einer Mehrzahl der anderen Mitgliedstaaten.

Was sich aus dem Fiskalpakt ergeben hat, ist nichts anderes, als die Begründung einer verstärkten wirtschaftlichen Union, die sich auf diejenigen Länder beschränkt, die letzten Endes dazu bereit sind, sich diesem besser integrierten Europa anzuschließen.

Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zu akzeptieren, heißt anzuerkennen, dass im Rahmen der 27 nicht alles machbar ist, und womöglich auch weder mit 17 (Eurozone) noch mit 9 (die im Vertrag von Lissabon festgelegte Mindestzahl für die verstärkte Zusammenarbeit). Manche Projekte werden von nur einigen Wenigen durchgeführt werden.

Was derzeit geschieht, ist in gewisser Weise eine Neubegründung des Subsidiaritätsprinzips, eine Zwischendimension zwischen dem Europa der 27 und dem völligen Verzicht auf eine europäische Handlungsebene. Die Herausforderung besteht darin, zu zeigen,

dass es zwischen 27 und 0 noch etwas geben kann, nämlich eines oder mehrere „à la carte“-Projekte und die Möglichkeit von europapolitischen Initiativen, die nicht der Einstimmigkeitsregel unterworfen sind.

2.4. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten als Übergangslösung

Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ist auf keinen Fall ein Ziel an sich. Es ist lediglich ein Werkzeug, eine Notlösung, um der Sackgasse zu entkommen, in die uns die Schwächen des europäischen Entscheidungsprozesses manövriert haben.

Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ist auf keinen Fall ein Ziel an sich, sondern nur eine vorübergehende Notlösung

Das Projekt darf weder souveränistischen Ambitionen entspringen, noch der Beförderung eines „Europa der Nationen“ dienen. Es geht darum, die Handlungsstränge zu finden, die die beste Reaktivität und Effizienz für den Zeitraum versprechen, den die Anhänger eines opting out benötigen, um zu verstehen, welche Kosten damit verbunden sind, außerhalb des Kreises derjenigen zu stehen, die über die Zukunft Europas entscheiden.

Was die rechtliche Form anbelangt, wird Mut zum Außergewöhnlichen gefordert sein. Es sind Formen der bi- oder multilateralen Übereinkommen jenseits der EU-Vertragstexte vorzuziehen, wenn die im Lissabonner Vertrag angelegten Handlungsoptionen zu umständlich sind oder zu lange dauern.

Was die Art der Projekte anbelangt, muss dieses Vorhaben ohne Tabus umgesetzt werden. Kein Politikfeld darf per se aus den Überlegungen ausgeschlossen werden, selbst diejenigen nicht, die den Binnenmarkt betreffen und die derzeit blockiert sind. Priorität hat dabei das Steuerwesen, aber auch andere Bereiche könnten in Erwägung gezogen werden, zum Beispiel Fragen des geistigen Eigentums. Aber ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zu akzeptieren bedeutet nicht, resigniert seiner dauerhaften Existenz zuzustimmen. Im Gegenteil, es darf lediglich als Übergangslösung hingenommen werden, um die derzeitigen institutionellen Blockaden zu überwinden.

Was die rechtlichen Modalitäten betrifft, müssen Kommission und Parlament direkt am Entscheidungsprozess und/oder an der Kontrolle der von einigen Staaten angenommenen Texte beteiligt werden. Des Weiteren gilt es, dem Gerichtshof die nötigen Kompetenzen zur Regelung möglicher Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsstaaten bezüglich der Anwendung der Abkommen und Vorgehensweisen außerhalb des Vertrages zu übertragen.

Artikel 273 des Vertrages von Lissabon gestattet es bereits heute, auf der Grundlage einer Schiedsvereinbarung, bei allen „mit dem Gegenstand der Verträge in Zusammenhang“ stehenden Streitfragen zwischen Staaten den Gerichtshof anzurufen. Gewiss, das Europäische Parlament hat angesichts der Gefahren einer „Renationalisierung“ der Europäischen Union seinen starken Vorbehalten Ausdruck verliehen. Gewiss, die Kommission – die vom Europäischen Parlament gestürzt werden kann – wird sich wahrscheinlich zögerlich geben. Doch die Idee verdient es, auf hoher politischer Ebene vertreten zu werden – aus dem einfachen Grund, dass wir keine Wahl haben, wenn wir Europa aus der Sackgasse befreien wollen, in der es zurzeit feststeckt.

3. Die Finanzkrise überwinden

Auch wenn ihre Ursachen größtenteils außerhalb Europas liegen, ist die Krise in Europa mit besonderer Virulenz aufgetreten, als der aus den abenteuerlustigen Praktiken der Finanzwirtschaft resultierende Vertrauensverlust sich in Misstrauen verwandelt hat, ob die Staaten angesichts der Höhe ihrer Defizite in der Lage sind, ihre Schulden zurückzuzahlen.

Unfähig, eine abgestimmte Antwort zu geben, hat die Europäische Union unter Organisationsproblemen gelitten,

die sie nicht überwinden konnte. Das Problem liegt insbesondere in der mangelhaften Abstimmung der nationalen Haushaltspolitiken: Die Maastricht-Kriterien, die in ihrer Anwendung mangels effizienter Sanktionsmechanismen bekanntlich Probleme erlebt haben, reichen nicht aus, um sich auf gemeinsame Prioritäten in der Ausgabenpolitik festzulegen - was gleichwohl unabdingbar ist, um zum Wachstum zurückzufinden.

Während der letzten Monate hat die Politik versucht, die drängendsten Fragen zu beantworten, und letzten Endes ist es ihr zumindest gelungen, einige Fristen zu verschieben. Doch allzu oft bleibt die Sorge, dass das Management der dringenden Tagesprioritäten der Entstehung einer Vision für die langfristige Entwicklung im Wege steht. Folglich scheint es unerlässlich, sich zwei Aufgaben gleichzeitig zu widmen. Bei der ersten geht es darum, eine schnelle Lösung für die Bonitätskrise zu finden, in der sich einige Länder Europas befinden. Bei der zweiten geht es darum, die Economic Governance der EU zu ergänzen. Auf der Grundlage des Fiskalpaktes werden sich integrierende Effekte auch jenseits der Länder der Eurozone entfalten, um die durch die Krise offensichtlich gemachten Probleme an der Wurzel anzugehen und die Grundzüge einer neuen Governance der Eurogruppe festzulegen. Allzu oft

Allzu oft bleibt die Sorge, dass das Management der Tagesprioritäten der Entstehung einer Vision für die langfristige Entwicklung im Wege steht.

bleibt die Sorge, dass das Management der Tagesprioritäten der Entstehung einer Vision für die langfristige Entwicklung im Wege steht.

3.1. Zum Umgang mit dem Schuldenberg

In diesem Zusammenhang geht es darum, einen Weg zu finden, den unerträglichen Schuldenberg abzubauen, der nicht nur die Maastricht-Kriterien überschreitet, sondern auch eine Gefahr für die langfristige Kreditwürdigkeit unserer Staaten darstellt. Verschiedene Ansätze bieten sich an. Insbesondere muss das Management der bestehenden Schulden von der Kontrolle der Neuverschuldung getrennt werden. Die richtige Politik wird zwar vermeiden, die Defizite noch zu vergrößern. Sie wird aber kaum Auswirkungen auf die bestehenden Schulden haben. Wie auch immer die Haushaltsdisziplin der jeweiligen Länder ausgeprägt sein mag: Die seit Jahrzehnten und insbesondere in den vergangenen fünf Jahren gefährlich aufgelaufenen Schulden werden in keinem Land in absehbarer Zeit zurückgezahlt sein. In diesem Zusammenhang sollte der Idee nachgegangen werden, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) unter Kontrolle der EZB europäische Sparbriefe

ausgeben darf.⁶ Es handelte sich um nicht rückzahlbare Anleihen, die jedoch im Besitz der Kapitalgeber blieben und übertragbar wären. Sie würden verzinst und unterlägen dem günstigsten in der EU existierenden Steuerregime. Die EU-Bürger büßten nichts von ihrem Vermögen ein, da sie einen dauerhaften Vermögenstitel mit einer guten Verzinsung erhielten. Sie entwickelten daher ein Interesse daran, einen Teil ihrer Ersparnisse in dieses Instrument mit dem Ziel zu investieren, die finanzielle Gesundheit Europas wiederherzustellen. Ein ähnliches Produkt gibt es bereits in Großbritannien unter dem Namen „Consol bonds“, wenngleich es auch nur einen geringfügigen Teil der britischen Staatsschulden abdeckt. Die britische Regierung ließ kürzlich verlauten, dass sie über eine Neuentwicklung dieses Instruments in Form eines auf einhundert Jahre oder ewig festgelegten Sparbriefs nachdenkt. Selbstverständlich müssten die Bedingungen definiert werden, unter denen die Staaten Zugang zu den entsprechenden Produkten erhielten (siehe 3.2). Und natürlich könnten prioritär diejenigen Staaten hiervon Gebrauch machen, die am besten ihren Verpflichtungen zur Kontrolle der Neuverschuldung nachkämen.

Selbstverständlich wird man die Konditionen definieren müssen, zu denen die Staaten Zugang zu den Produkten dieser „Facility“ haben, die einzuhaltenden Disziplinvorgaben durchaus eingeschlossen – darunter auch die im folgenden Abschnitt beschriebenen.

3.2. Die Regulierung der Finanzströme

Im Rahmen des multilateralen Vertrages werden die neuen Verpflichtungen festgelegt, die zunächst für die Mitgliedsstaaten der Eurozone gelten und später für all diejenigen, die sich dem anschließen wollen:

- An erster Stelle steht eine „goldene Regel“ die jegliches Defizit im Zusammenhang mit strukturellen Ausgaben verbietet und eine Finanzierung über Kredite lediglich bei Einhaltung von Schuldentilgungsplänen gestattet;
- an zweiter Stelle steht eine Verpflichtung zur wirtschaftlichen Integration, das heißt zur weiterreichenden Koordinierung der Haushalts- und Fiskalpolitik.

Doch darf man auf einem solch guten Weg nicht stehenbleiben. Obwohl es sich hier um ein Thema handelt, das derzeit noch größtenteils tabu ist, ist es an der Zeit, dass gemeinsame Vorkehrungen unter der Schirmherrschaft der EZB und in Abstimmung mit den Wirtschaftsministern der Eurozone getroffen werden, um nicht nur die Inflation zu kontrollieren, sondern genauso die Entwicklung der Geldmenge, die ungeordnet und exzessiv angewachsen ist und die nicht völlig den Märkten und Akteuren überlassen werden kann, die über keinerlei makroökonomische Kompetenz verfügen und sich in einem echten Interessenkonflikt zwischen dem

Wachstum ihres Geschäftsvolumens und den wirtschaftlichen Ungleichgewichten, die daraus möglicherweise entstehen, befinden.

Das europäische Projekt darf seine Begründung nicht mehr einzig und alleine in der Vergangenheit finden, im Ende des Zweiten Weltkrieges oder in der Vereinigung des Kontinents nach dem Fall der Berliner Mauer. Selbstredend darf man seinen unentbehrlichen Beitrag zur Bewahrung von fünfundsechzig Jahren Frieden nicht vergessen. Doch Europa muss sich als Zukunftsprojekt verstehen. Die Zeit ist nunmehr reif, eine Form der Integration umzusetzen, die uns eine gemeinsame Existenz mit entsprechendem Einfluss ermöglicht.

Europa muss sich als Zukunftsprojekt verstehen.

Man darf weder den Abstieg Europas hinnehmen noch akzeptieren, dass Europa nur eine Hilfsrolle in der globalisierten Wirtschaft spielt. Wir müssen uns die Kraft und die Mittel geben, unsere Interessen zu verteidigen, als Kultur sowie als Wirtschafts- und Technologiemacht zu bestehen, in einer globalisierten Wirtschaft präsent und aktiv zu sein, um unserem Lebensstil und unseren Werten neue Strahlkraft zu verleihen.

Die Ideen, die in diesem Paper dargelegt werden, sind zu großen Teilen durch den Gedankenaustausch im Rahmen der Gruppe «Europäische Fragen» des Institut Montaigne inspiriert, zu dem insbesondere Jean-Luc Sauron beigetragen hat, professeur associé an der Universität Paris-Dauphine. All jenen, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben, gilt mein lebhafter Dank.



Endnoten

- ▶ ¹ Voraussetzung wäre, dass die französischen Parlamentarier genügend Zeit hätten, sich ausführlich ihren Unterlagen und deren europäischer Dimension zu widmen, was ihnen heute durch die Ausübung mehrerer Mandate gleichzeitig nicht möglich ist. Siehe dazu das Paper des Institut Montaigne *Député un job à temps plein*, Dezember 2006.
- ▶ ² Siehe hierzu den Bericht des Institut Montaigne *Pour des réseaux intelligents*, Februar 2012.
- ▶ ³ Vgl. *L'Europe présence (Band 1) : Un projet politique exigeant* et *L'Europe présence (Band 2) : Une cohérence institutionnelle retrouvée*, Januar 2003.
- ▶ ⁴ Siehe hierzu das Paper des Institut Montaigne *Entre G2 et G20, l'Europe face à la crise financière*, Edouard Tétreau, Jean-Paul Tran Thiet, Frédéric Bonnevey, September 2009
- ▶ ⁵ Die Einführung einer gemeinsamen Währung wurde ursprünglich während des Treffens des Europäischen Rats 1989 in Straßburg beschlossen, ihre rechtliche Legitimation erfuhr sie erst durch den Vertrag von Maastricht 1993.
- ▶ ⁶ Siehe hierzu das Paper des Institut Montaigne *Les Bons d'épargne : un instrument de contrôle de la dette publique*, Dezember 2011.



Über den Autor

Jean-Paul Tran Thiet ist Vorstandsmitglied des Institut Montaigne und Präsident der Gruppe *Questions européennes* des Instituts.

Als ehemaliger Staatsbeamter hatte Jean-Paul Tran Thiet zwischen 1977 und 1997 verschiedene leitende Funktionen inne, 1991 wurde er zum Berater des Premier Ministre ernannt. Jean-Paul Tran Thiet ist Anwalt in der Kanzlei *White & Case*, wo er den Bereich „droit européen, droit de la concurrence et secteurs en voie de libéralisation“ leitet. Er gehört außerdem dem *Club du XXIème Siècle* an, ist Generalsekretär von *Avenir Transports* (einem von französischen Parlamentariern gegründeten Verein) sowie von *AFDEN* (*Association Française du Droit de l’Energie*).

G